

Aus der Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses vom 25.11.2019

Beschluss Nr. 2019-(7)-21- Rechtspopulismus und Antifeminismus, Kinder und Jugendliche, junge Frauen mit Blick auf die Wahlen, wkB Nr. 7

Beschlusstext:

Seit einigen Jahren erleben wir eine Entgrenzung des Rechtsextremismus, die die Gesellschaft vor neue Herausforderungen stellt. Dies zeigte nicht zuletzt der tödliche Anschlag am 9. Oktober in Halle. Diese Herausforderungen an eine offene Gesellschaft brauchen Antworten auf allen Ebenen – in Politik und Verwaltung, im zivilgesellschaftlichen Engagement und in der Arbeitswelt. Dabei gilt es insbesondere, Ansätze der Prävention und der politischen Bildung zu stärken – auch und gerade in der Kinder- und Jugendhilfe. Hier bietet sich die Möglichkeit, die kommenden Generationen im Engagement für die Demokratie zu stärken sowie zur Auseinandersetzung mit autoritären und menschenverachtenden Ideologien zu befähigen.

Der Landesjugendhilfeausschuss ist sich der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Ausgestaltung einer demokratischen Gesellschaft bewusst. Er appelliert an alle staatlichen, kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Kinder- und Jugendhilfe, sich den Herausforderungen von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Antifeminismus zu stellen.

Der Landesjugendhilfeausschuss versteht eine engagierte, fachlich kompetente und gut ausgestattete Kinder- und Jugendhilfe als Präventionsarbeit gegen Radikalisierung und Rechtsextremismus und als wichtigen Beitrag für eine demokratische Gesellschaft. Zugleich fordert er die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf, Beratungs-, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für eine fachlich adäquate Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Menschenverachtung weiterzuentwickeln.

Der Landesjugendhilfeausschuss bekräftigt seine „Leitsätze für Diversität in der Kinder- und Jugendhilfe Sachsen-Anhalts“ und fordert die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe auf, ihre Anstrengungen zur Umsetzung und Anwendung zu verstärken.

Der Landesjugendhilfeausschuss appelliert an die Landespolitik, im Rahmen der Haushaltsaufstellung sowie der Förder- und Qualifizierungsmaßnahmen die Herausbildung demokratischer, interkultureller und geschlechtergerechter Kompetenzen bei jungen Menschen zu stärken, ihre gesellschaftliche Teilhabe zu fördern sowie die Präventionsarbeit für eine offene Gesellschaft auszubauen.